

Privatdozent Dr. Moritz Vormbaum\*

# Das Strafrecht Nordkoreas – Eine Annäherung

DOI 10.1515/zstw-2016-0010

## I. Einführung

Im Arsenal der Waffen, die einer Diktatur zur Durchsetzung ihrer Politik und Ideologie zur Verfügung stehen, besitzt das Strafrecht einen besonderen Platz. Die deutsche Geschichte enthält hierfür reichlich Anschauungsmaterial: In der DDR galt das Strafrecht als Erziehungsinstrument und „Hebel“ zur Durchsetzung der sozialistischen Ideologie<sup>1</sup>; im NS-Staat waren Gesetze „Transportmittel des Führerwillens“<sup>2</sup>. Während die Diktaturen in Deutschland und Europa seit dem Ende des 20. Jahrhunderts überwunden sind und die Analyse des Strafrechts jener Regime seitdem aus der Retrospektive und auf Grundlage (zeit-)historischer Fragestellungen erfolgt, besitzt eine solche Analyse in Ländern anderer Teile der Welt weiterhin hohe Aktualität. Dies gilt etwa für das Strafrecht Nordkoreas, das den Gegenstand des vorliegenden Beitrags darstellt. Dass auch hier die politische Führung das Recht traditionell als Hilfsmittel der Politik begreift, lässt sich schon den Reden *Kim Il Sung*s (des Vaters von *Kim Jong Il* und Großvaters von *Kim Jong Un*) entnehmen, in denen er etwa ausführte: „Die Gesetze unseres Landes sind wichtige Waffen zur Durchsetzung der nationalen Politik. Gesetze sind Ausdruck der Politik und sind somit der Politik, von der sie untrennbar sind, dienstbar“<sup>3</sup>.

---

1 Vgl. *Ulbricht*, Die Staatslehre des Marxismus-Leninismus und ihre Anwendung in Deutschland, 1958, S. 31; siehe speziell zum Strafrecht *Bein* (u. a.), Beiträge zum Strafrecht, Heft 4, 1960, S. 54, 55f. Zu den Strafzwecken im DDR-Strafrecht siehe *Vormbaum*, Das Strafrecht der Deutschen Demokratischen Republik, 2015, S. 300 ff.

2 *Werle*, Justiz-Strafrecht und polizeiliche Verbrechensbekämpfung im Dritten Reich, 1989, S. 681.

3 *Kim Il Sung*, In Order to Carry Out Our Party's Judicial Policies, Rede vor dem Nationalkongress der Justizangestellten, 28. April 1958, The Kim Il-sung Collections, Bd. 12, 1981, S. 221, zitiert nach *Hahn*, The American Journal of Comparative Law 1969, 77. (Anm. d. Verf.: Aus dem Englischen übernommene Zitate wurden vorliegend durch den Verf. übersetzt)

---

\***Kontaktperson: Moritz Vormbaum**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für deutsches und internationales Strafrecht, Strafprozessrecht und Juristische Zeitgeschichte, Humboldt-Universität zu Berlin.

Eine Analyse des nordkoreanischen Strafrechts kann mithin Aufschluss über die Rolle des Strafrechts in der Diktatur in einem zeitgenössischen Kontext geben.

Die Probleme, die sich bei einer wissenschaftlichen Untersuchung des nordkoreanischen Strafrechts ergeben, liegen freilich auf der Hand: Zwar sind das Strafgesetzbuch sowie die Staatsverfassung (wenn auch nicht immer in der neuesten Fassung) zugänglich, teilweise sogar übersetzt in westliche Sprachen<sup>4</sup>. Das Regime lässt aber generell nur wenig nach außen dringen, so dass eine umfassende Analyse, die auch Rechtsprechung, Gesetzesmaterialien, juristische Publikationen und Aktenmaterial der politischen Polizei einbezieht, wohl erst nach einer Öffnung des Landes wird erfolgen können. Die fragmentarische Quellenlage macht eine Untersuchung des nordkoreanischen Strafrechts allerdings nicht unmöglich. Dies zeigt schon ein Vergleich mit der Situation in Deutschland vor der Vereinigung. Auch über das DDR-Strafrecht drangen nur wenige Informationen in die Bundesrepublik, trotzdem erfuhr es schon vor dem Mauerfall eine beachtliche wissenschaftliche Erforschung durch bundesdeutsche Strafrechtler<sup>5</sup>. Wie im Falle der DDR bleibt freilich stets zu beachten, dass das *Kim*-Regime darum bemüht ist, eine rechtsstaatliche und menschenrechtsfreundliche Fassade zu errichten<sup>6</sup>, so dass die Gefahr einer Blendung bzw. einer „Weichzeichnung einer wesentlich härteren Realität“<sup>7</sup> besteht. Berichte von den Vereinten Nationen und Menschenrechtsorganisationen<sup>8</sup> sind in dieser Hinsicht zwar insoweit hilfreich, als sie versuchen, ein realitätsgetreues Bild der Situation zu zeichnen, sie sind aber auch mit gewisser Vorsicht zu behandeln, müssen sich doch die Verfasser dieser Berichte ebenfalls mit einer beschränkten Quellenlage abfinden<sup>9</sup>.

---

<sup>4</sup> Grundlage des vorliegenden Beitrags bildet das Strafgesetzbuch in der Fassung von 2009, das dem *Verf.*, ebenso wie das von 1999, in Gänze vorliegt. Soweit darüber hinaus auf neueste Reformen Bezug genommen wird, wird dies kenntlich gemacht.

<sup>5</sup> Verwiesen sei nur auf die Veröffentlichungen von F.-C. Schroeder, z. B. die Monographie „Das Strafrecht des realen Sozialismus“, 1983, die in der DDR mit großer Verärgerung aufgenommen wurde, siehe die Rezension in NJ 1985, 10 ff.

<sup>6</sup> Die DDR ratifizierte verschiedene internationale Menschenrechtsverträge wie den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und die KSZE-Schlussakte.

<sup>7</sup> Weber, in: ders. (Hrsg.), Der SED-Staat, Neues über eine vergangene Diktatur, 1994, S. 1, 3.

<sup>8</sup> Vgl. etwa den „Report of the detailed findings of the commission of inquiry on human rights in the Democratic People’s Republic of Korea“ des UN-Menschenrechtsrats vom 7. Februar 2014 (A/HRC/25/CRP.1) oder die umfassenden White Papers on Human Rights in North Korea des *Korea Institute of National Unification* (zu finden unter [www.kinu.or.kr](http://www.kinu.or.kr), Stand: 22.10.2015). Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder Human Rights Watch berichten ebenfalls regelmäßig über die Menschenrechtssituation in Nordkorea.

<sup>9</sup> Vgl. Frank, in: Heberer/Derichs (Hrsg.), Einführung in die politischen Systeme Ostasiens, 2. Aufl. 2003, S. 353 f.

Im Folgenden wird auch Bezug auf das DDR-Strafrecht genommen, ergeben sich doch teilweise eindeutige Parallelen zwischen den beiden Strafrechtsordnungen. Zwar erklären sich diese wohl zum Großteil durch eine gemeinsame Nähe zum russischen Strafrecht, das für beide Strafrechtsordnungen (jedenfalls in einigen historischen Phasen) prägend war. Kontakte zwischen nordkoreanischen und ostdeutschen Juristen haben darüber hinaus aber in der Tat existiert, auch wenn unklar ist, inwieweit sich diese konkret auf die Entwicklung des nordkoreanischen Strafrechts ausgewirkt haben. So berichtete etwa 1987 die „Neue Justiz“ (die zentrale Juristenzeitung der DDR) von einem Besuch einer Delegation führender Juristen Nordkoreas in der DDR. Zu den Zielen des Besuchs führte der teilnehmende Präsident der nordkoreanischen Juristenvereinigung *Tschoe* aus: „Wir sind in die DDR gekommen, um [...] zur weiteren Vertiefung der staatlichen und gesellschaftlichen Beziehungen als Juristen einen Beitrag zu leisten. Die Zusammenarbeit zwischen unseren Juristenorganisationen geht bereits auf langjährige Freundschaft zurück“<sup>10</sup>.

## II. Verfassungsrechtlich-ideologischer Rahmen

Bevor das Strafgesetzbuch Nordkoreas im Einzelnen dargestellt und analysiert wird (III.), sei zunächst der staatsrechtliche Rahmen, in den es sich einfügt, untersucht. In die Analyse einzubeziehen sind auch die beiden leitenden Staatsideologien Nordkoreas.

### 1. Staatsaufbau und Grundrechte in der nordkoreanischen Verfassung

Die erste nordkoreanische Verfassung wurde mit der Staatsgründung 1948 erlassen<sup>11</sup>. Diese Verfassung wurde am 27. Dezember 1972 durch die „Sozialistische Verfassung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik“ ersetzt. Die letzte bekannte Verfassungsreform erfolgte im Jahre 2013<sup>12</sup>. Die Verfassung ist in sieben Kapitel mit den folgenden Überschriften unterteilt: „Politik“, „Wirtschaft“, „Kul-

---

10 *Tschoe Tschanghyen*, NJ 1987, 445, 446.

11 Zur Verfassungsgeschichte Nordkoreas siehe *Hoare*, Historical Dictionary of the Democratic People's Republic of Korea, 2. Aufl. Lanham (u. a.) 2012, S. 94.

12 Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Verfassung von 2013, die dem *Verf.* vorliegt. Ein Überblick über die Neuerungen durch die Verfassung von 2013 findet sich bei *Frank*, Nordkorea, Innenansicht eines totalen Staates, 2014, S. 110 ff.

tur“, „Landesverteidigung“, „Grundrechte und Grundpflichten der Bürger“, „Staatsapparat“, „Staatswappen, Staatsflagge, Staatshymne und Hauptstadt“.

Die in der Verfassung enthaltenen Grundsätze des Staatsaufbaus und der Volkswirtschaft können als typisch für eine sozialistische Diktatur gelten: Als Staatsführung gilt ein Kollektiv, die Oberste Volksversammlung, die als „höchstes Machtorgan“ bezeichnet wird (Art. 87 der Verfassung Nordkoreas, NK-Verf.). Der Arbeiterpartei<sup>13</sup> wird eine politische Vormachtstellung zugeschrieben (Art. 11 NK-Verf.: „Die Koreanische Demokratische Volksrepublik entfaltet ihre gesamte Tätigkeit unter Führung der Partei der Arbeit Koreas“); sie hat „die höchste Aufgabe, die gesamte Gesellschaft mit der Staatsideologie zu durchtränken“<sup>14</sup>. Die Volkswirtschaft basiert auf dem Gemeinschaftseigentum und der Planwirtschaft (Art. 19, 20, 34 NK-Verf)<sup>15</sup>.

Dagegen mag der umfassende Grundrechtekatalog, der in seinem Wortlaut dem von demokratischen Staaten stark ähnelt, auf den ersten Blick überraschen. Die nordkoreanische Verfassung garantiert – wenn auch eher knapp formuliert – das Recht auf Meinungs-, Presse-, Versammlungs-, Demonstrations-, Organisations-, Glaubens- und Kunstfreiheit sowie das Recht auf Bildung und Freizügigkeit. Zudem schreibt sie die Gültigkeit des Postgeheimnisses und des Gleichheitsatzes vor; auch ein Recht auf Asyl für „Emigranten [...], die für Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus“ gekämpft haben, findet sich. Freilich enthält bereits der Titel des 5. Kapitels, in dem von „Grundrechten und Grundpflichten der Bürger“ (Hervorhebung d. *Verf.*) die Rede ist<sup>16</sup>, eine gewisse Abwertung der Grundrechte. Selbst das Grundrecht auf Menschenwürde wird zu einer Pflicht umformuliert: Die Bürger der Volksrepublik werden dazu „verpflichtet, [...] die Ehre und Würde zu wahren, Bürger der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik zu sein“. Aus der alles überragenden Geltung der Staatsideologien, die das Kollektiv in den Mittelpunkt stellen (dazu sogleich),

**13** Partei der Arbeit Koreas (PdAK). Ähnlich wie in der DDR, gibt es neben der PdAK in Nordkorea auch andere Parteien, die allerdings nicht im politischen Kampf miteinander stehen, sondern, so *Kim Jong Il* in einer Rede vom 5. Mai 1991 (abgedruckt in *Handbook on North Korea*, Seoul 1996, S. 12), „miteinander kooperieren, um die Führung der Arbeiterklasse zu garantieren“. Eingehend zur Rolle der Partei *Gause* siehe *Park/Snyder* (Hrsg.), *North Korea in Transition*, Lanham (u. a.) 2013, S. 19 ff.

**14** Aus der Präambel der Charter der PdAK, abgedruckt in *Handbook on North Korea* (Anm. 13), S. 133. Nach der Darstellung des letzten Botschafters der DDR *Maretski*, *Kim-ismus in Nordkorea*, 1991, S. 89, wurde die Partei gemäß dem stalinistischen Prinzip der „Partei neuen Typus“ geschaffen (wie im Übrigen auch die SED, Anm. d. *Verf.*).

**15** Vgl. zu den Grundsätzen und der Entwicklung der Wirtschaft Nordkoreas *Hoare* (Anm. 11), S. 111 ff.

**16** Zu den Grundpflichten zählt insbesondere die Pflicht zur Arbeit (Art. 83 Abs. 1 NK-Verf.).

ergibt sich zudem zwangsläufig eine Einschränkung der Geltung individueller Freiheitsrechte; man mag insofern von einem Ideologie-Vorbehalt sprechen. Dass zudem der Verfassungstext von der Verfassungsrealität in Nordkorea stark abweicht, steht außer Frage<sup>17</sup>. Im Übrigen besaßen auch andere sozialistische Diktaturen, etwa die Sowjetunion oder die DDR, Grundrechte in ihren Verfassungen, die in der Realität geltungslose Texte waren<sup>18</sup>.

## 2. Staatsideologien

Wie in jeder Diktatur spielt auch in Nordkorea die Staatsideologie eine zentrale Rolle für alle gesellschaftlichen Bereiche. Hauptausprägungen der staatlichen Weltanschauung der politischen Führung Nordkoreas sind die *Chuche*- und *Seon-gun*-Ideologien, die auch in der Verfassung eine exponierte Stellung einnehmen.

### a) *Chuche*<sup>19</sup>

Im Vorspruch der Verfassung ist von der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik als dem „*Chuche*-Vaterland“ die Rede; in Art. 3 NK-Verf heißt es, die Volksrepublik lasse sich „in ihrer Tätigkeit von der *Chuche*-Ideologie [...] leiten“. Der Begriff *Chuche* wird mit „Herr des eigenen Körpers“ oder „Selbstbestimmung“ übersetzt<sup>20</sup>. Freilich ist mit der Übersetzung des Begriffs über den Inhalt von *Chuche* als Weltanschauung, die das gesamte gesellschaftliche Leben in Nordkorea bestimmt<sup>21</sup>, noch nichts gesagt. Die Entwicklung der *Chuche*-Ideologie wird Staatsgründer *Kim Il Sung* zugeschrieben. Sie entstand Mitte der fünfziger Jahre des letzten Jahrhunderts, erfuhr aber erst in den sechziger Jahren ihre Aufwertung

<sup>17</sup> Laut White Paper 2014 (Anm. 8), S. 38, sind in Nordkorea z. B. allein öffentliche Versammlungen der PdAK erlaubt.

<sup>18</sup> Die Verfassung der DDR von 1968 enthielt etwa in Art. 27, 28 die Grundrechte auf Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit.

<sup>19</sup> Die Schreibweise des Begriffs (im Koreanischen: 주체) hängt von den jeweils angewendeten Romanisierungsregeln ab. Häufig liest man die Umschreibung *Juche*, was aber zumindest für Deutsche einen falschen Eindruck der Aussprache vermittelt. Deutsche Autoren verwenden teilweise auch die Umschreibung *Tschutsche*.

<sup>20</sup> Vgl. *Cha*, *The Impossible State*, London 2012, S. 37; *Frank* (Anm. 12), S. 94; *Hoare* (Anm. 11), S. 191.

<sup>21</sup> Vgl. *Armstrong*, in: *Park/Snyder* (Anm. 13), S. 3; *French*, *North Korea, The Paranoid Peninsula*, 2. Aufl. London/New York 2007, S. 30. In Nordkorea gilt sogar eine *Chuche*-Zeitrechnung, beginnend mit dem Geburtstag *Kim Il Sungs* 1912.

zur Staatsideologie, was im Kontext der damaligen Außenpolitik erklärt wird<sup>22</sup>. So sei Nordkorea nach *Stalins* Tod von der zuvor eng verbündeten Sowjetunion schrittweise abgerückt, insbesondere nach der Kuba-Krise, in der *Chruschtschow* aus der Sicht Nordkoreas Schwäche gezeigt habe. Eine Annäherung in dieser Phase an China wäre zwar naheliegend gewesen, sei für *Kim Il Sung* aber aufgrund der von *Mao Zedong* zu jener Zeit in radikaler Weise vorangetriebenen gesellschaftlichen Umstrukturierungen nicht in Betracht gekommen. Es sei mithin bei der Aufwertung der *Chuche*-Ideologie um den Entwurf einer eigenen, flexibel handhabbaren und „zeitgemäßen“ Interpretation des Marxismus-Leninismus gegangen, ohne dabei einen Bruch mit den übrigen Staaten des Ostblocks zu riskieren. Hinter der Betonung der Selbstbestimmung des Menschen, die der *Chuche*-Ideologie zugrunde liege, habe insbesondere die Abkehr von der Marxschen Idee der durch Naturgesetze vorgezeichneten Entwicklung von der Ausbeutergesellschaft zur klassenlosen Gesellschaft gestanden.

Freilich wird mit der *Chuche*-Ideologie keinesfalls die Geltung von Individualismus und Liberalismus propagiert. Dies lässt sich auch aus Art. 3 NK-Verf ablesen, wonach es sich um „eine Weltanschauung handelt, in deren Mittelpunkt der Mensch steht, sowie um eine *revolutionäre Ideologie zur Verwirklichung der Souveränität der Volksmassen*“ (Hervorhebung d. Verf.). Die Selbstgestaltung erfolgt mithin nie individuell, sondern stets im Kollektiv. Die *Chuche*-Ideologie liefert damit auch die Grundlage für das nordkoreanische Führerprinzip. Die Volksmassen, so die Überlegung, wären allein nicht in der Lage, sich im Rahmen der Spielräume, die *Chuche* im Vergleich zu der im Marxismus vorgegebenen naturgesetzmäßigen Entwicklung eröffnet hat, zu organisieren. Hierfür bedürfe es des Führers, der das Volk leite und seine revolutionären Kräfte bündele<sup>23</sup>. Auf den kürzesten Nenner bringt es eine Ansprache des Politbüro-Mitglieds *Ho Dam* aus dem Jahre 1988, wonach es bei *Chuche* um „das kollektivistische Herangehen an das Leben, dessen Kern wiederum die revolutionäre Orientierung auf den Führer ist“, geht<sup>24</sup>.

Die Abschottung des Landes nach außen und den radikalen, xenophobische Elemente enthaltenden Nationalismus Nordkoreas kann man ebenfalls als Ausfluss der *Chuche*-Weltanschauung deuten<sup>25</sup>. Hiernach muss nicht nur der Mensch,

---

<sup>22</sup> Vgl. *Cha* (Anm. 20), S. 39; *Frank* (Anm. 12), S. 95 f.; *French* (Anm. 21), S. 31; *Hoare* (Anm. 11), S. 191 f.; *Maretzki* (Anm. 14), S. 68.

<sup>23</sup> Vgl. Handbook on North Korea (Anm. 13), S. 11; *Choi*, Human Rights and North Korea, Seoul 1999, S. 151 ff.

<sup>24</sup> Zitiert nach *Maretzki* (Anm. 14), S. 69.

<sup>25</sup> Vgl. *Cha* (Anm. 20), S. 41; *Hoare* (Anm. 11), S. 192.

sondern auch der Staat selbstbestimmt agieren und damit möglichst autark und unabhängig von anderen Staaten sein.

## b) Seongun<sup>26</sup>

Die zweite Staatsideologie wird mit dem Schlagwort *Seongun*, das mit „Militär zuerst“ übersetzt wird<sup>27</sup>, umschrieben. Diese Ideologie, als deren geistiger Vater *Kim Jong Il* gilt, kam Ende der 1990er Jahre auf und wurde 2003 neben der *Chuche*-Ideologie in der Verfassung verankert. Diese Aufwertung der *Seongun*-Ideologie scheint *prima facie* eine Erhöhung der Macht des Militärs zu bedeuten. Freilich besitzt das Militär schon seit Jahrzehnten eine exponierte Stellung in der nordkoreanischen Gesellschaft und Politik<sup>28</sup>, was nicht verwundert, denn immerhin wurde der Koreakrieg 1953 lediglich durch einen fragilen Waffenstillstand beendet<sup>29</sup>. Die Aufnahme der *Seongun*-Ideologie in die Verfassung wird dementsprechend sehr unterschiedlich interpretiert<sup>30</sup>. Eine plausible Erklärung lautet, dass „Militär zuerst“ weniger auf eine *Aufwertung* des Militärs als auf eine *Abwertung* der Bedeutung der Arbeiterklasse ziele<sup>31</sup>. Nach der bereits durch die *Chuche*-Ideologie erfolgten Lockerung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus stelle die Einführung der *Seongun*-Ideologie einen weiteren Schritt weg von den Lehren von *Marx* und der von ihm vorhergesagten „Diktatur des Proletariats“ dar. Grund hierfür, so wird geltend gemacht, könnte die zaghafte Übernahme eines Marktwirtschaftsmodells nach dem Vorbild Chinas sein. Die Öffnung des nordkoreanischen Marktes würde aber auf längere Sicht zur Herausbildung einer

<sup>26</sup> Auch die Schreibweise *Songun* ist verbreitet; im Koreanischen 선군.

<sup>27</sup> Vgl. *Cha* (Anm. 20), S. 59; *Frank* (Anm. 12), S. 102; *Hoare* (Anm. 11), S. 352; White Paper 2014 (Anm. 8), S. 89.

<sup>28</sup> Laut *Hoare* (Anm. 11), S. 352, werden in Nordkorea die Grundlagen der Ideologie in den 1960er, teilweise sogar im Widerstandskampf gegen die Japaner in den 1930er Jahren gesehen.

<sup>29</sup> Zu diesem Waffenstillstand siehe *Pak*, Korea and the United Nations, Den Haag u. a. 2000, S. 83ff.

<sup>30</sup> Verbreitet ist etwa die These, dass die verfassungsrechtliche Einführung des Prinzips eine Reaktion auf *George W. Bushs* Irak-Invasion gewesen sei, siehe etwa *Fritz*, Schauplatz Nordkorea, 2004, S. 83. Dies erscheint nicht abwegig, immerhin zählte *Bush* Nordkorea bekanntlich zur „Achse des Bösen“. Dagegen aber *Frank* (Anm. 12), S. 104, der darauf verweist, dass die Bedrohung durch die USA zu jener Zeit alles andere als neu war.

<sup>31</sup> Vgl. *Frank* (Anm. 12), S. 107f. Von einer tatsächlichen Stärkung des Militärs geht dagegen das White Paper 2014 (Anm. 8), S. 89 aus. *Hoare* (Anm. 11), S. 352f., interpretiert die Ideologie als Beschneidung der Macht der Arbeiterpartei (eher zweifelhaft). Laut *Armstrong* (Anm. 21), S. 3, 5, 11ff., ist *Soengun* eine „mehr militär-orientierte Version“ von *Chuche*. Ähnlich *Cha* (Anm. 20), S. 58ff. („*Neo-Chuche*“).

Klassengesellschaft führen, was mit einem streng marxistischen Modell nicht gerechtfertigt werden könne. Der pragmatische Ansatz bestehe deshalb darin, die Arbeiterklasse im Rahmen der Staatsideologie zu Gunsten des Militärs (das hierdurch aufgrund der ohnehin bereits bestehenden Ausnahmestellung letztlich keine Machtzugewinne erhalte) zu marginalisieren<sup>32</sup>.

### c) Durchsetzung der Ideologien

Freilich bedeutet die Geltung dieser sich nicht streng am Marxismus-Leninismus orientierenden Ideologien<sup>33</sup> nicht, dass der Sozialismus als Weltanschauung in Nordkorea keine Bedeutung besäße – schon der offizielle Titel der Verfassung („Sozialistische Verfassung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik“) zeigt das Gegenteil. Die Aufgabe, die Bürger im Sinne des Sozialismus und der Staatsideologien zu erziehen, obliegt laut Verfassung dem Staat<sup>34</sup>, mithin Führer und Partei. Daneben hat jeder einzelne Bürger nach Art. 80 NK-Verf „die Pflicht, die politisch-ideologische Geschlossenheit und Einheit des Volkes standhaft zu verteidigen“.

Zur Durchsetzung der ideologischen Prinzipien tragen laut der Verfassung auch Gesetzgebung und Justiz bei. Gesetze gelten nach Art. 18 Abs. 1 NK-Verf als „Hauptwaffe der Staatsverwaltung“. Der Staatsanwaltschaft obliegt die „Überwachung der strikten Einhaltung der staatlichen Gesetze durch die Institutionen, Betriebe, Organisationen und Bürger“ (Art. 156 Nr. 1 NK-Verf)<sup>35</sup>, und die Gerichte sind zuständig für die „Sicherung der Gesetzmäßigkeit aller Institutionen, Organisationen und Bürger sowie die konsequente Bekämpfung der Klassenfeinde und aller Rechtsverletzer“ (Art. 162 Nr. 2 NK-Verf)<sup>36</sup>. Darüber hinaus werden alle

<sup>32</sup> Vgl. *Frank* (Anm. 12), S. 107.

<sup>33</sup> Explizite Referenzen zum „Marxismus-Leninismus“ wurden 1992 aus der Verfassung entfernt, siehe *Handbook on North Korea* (Anm. 13), S. 11.

<sup>34</sup> Vgl. Art. 10 Abs. 2 NK-Verf („Der Staat erzieht revolutionär alle Mitglieder der Gesellschaft [...]“); Art. 43 NK-Verf („Auf der Grundlage der Prinzipien der sozialistischen Pädagogik erzieht der Staat die heranwachsende Generation zu standhaften Revolutionären, die für die Gesellschaft und das Volk kämpfen, zu geistig, moralisch und körperlich entwickelten Menschen koreanischer Prägung“).

<sup>35</sup> Auch in der DDR (allerdings nicht nur hier, sondern auch schon etwa in Preußen) galt die Staatsanwaltschaft als „Hüterin der Gesetzlichkeit“, siehe hierzu *Vormbaum* (Anm. 1), S. 105.

<sup>36</sup> Die nordkoreanische Justiz ist zentralistisch aufgebaut. Oberste Justizorgane sind das Oberste Gericht und die Oberste Staatsanwaltschaft. Das Oberste Gericht „kontrolliert die richterliche Tätigkeit aller Gerichte“ (Art. 167 Abs. 2 NK-Verf); neben Gerichten auf Provinz- und Kommunal-ebene ist auch die Bildung von Sondergerichten zulässig (Art. 159 Abs. 1, Art. 161 NK-Verf).



Bürger Nordkoreas zur Wachsamkeit und Teilnahme an der Verbrechensprävention aufgerufen.

### III. Das nordkoreanische Strafgesetzbuch

Das erste Strafgesetzbuch Nordkoreas wurde 1950 erlassen. Das Strafrechtssystem zu jener Zeit wird als „exaktes Replikat des sowjetischen Systems“ beschrieben<sup>37</sup>. Erst nach *Chruschtschows* Abkehr vom Stalinismus, durch die in politischer Hinsicht eine Kluft zwischen beiden Ländern entstand, erfuhr das nordkoreanische Strafrecht eine eigenständige Entwicklung. In jüngerer Zeit, insbesondere seit dem Ende der 1990er Jahre, hat das Strafrecht grundlegende Veränderungen erfahren. Die weitreichendste dieser Reformen, die teilweise als ein Schritt des Regimes zu mehr Rechtsstaatlichkeit gewertet wird<sup>38</sup>, erfolgte im Jahr 2004<sup>39</sup>. Aber auch danach wurde der Kodex mehrfach überarbeitet und ergänzt, sodass der Eindruck entsteht, dass sich das Strafrecht Nordkoreas derzeit im Fluss befindet<sup>40</sup>.

Im Folgenden wird das Strafgesetzbuch überblicksartig dargestellt, und es werden seine zentralen Vorschriften analysiert. Zu beachten ist freilich, dass sich auch außerhalb des Strafgesetzbuchs zahlreiche verwaltungsrechtliche Strafnormen finden. Zudem besitzen auch „Instruktionen“ des Obersten Führers sowie Proklamationen des Ministeriums für Volkssicherheit mitunter strafrechtlichen Charakter und gehen dem förmlich erlassenen Strafrecht vor<sup>41</sup>.

---

37 *Hahn* (Anm. 3), 77, nach dessen Ansicht man das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung Nordkoreas jener Zeit als koreanische Übersetzungen der sowjetischen Gesetzbücher [sic.] bezeichnen kann. Ähnlich auch die Einschätzung im Bericht des UN-Menschenrechtsrats vom 7. Februar 2014 (Anm. 8), S. 31.

38 Vgl. *Han*, *Santa Clara Journal of International Law* 2006, 122ff., mit dem programmatischen Titel „The 2004 Revision of Criminal Law in North Korea – A Take-Off?“. Auch die vorangegangenen Reformen hatten schon eine Tendenz zur Schaffung eines weniger politischen, klassenkämpferischen Strafrechts enthalten, siehe mit Blick auf die Reform von 1987 *Kim*, *The North Korean Penal Code, Criminal Procedures, and their Actual Applications*, Seoul 2006, S. 8 f.

39 Eine tabellarische Übersicht über die Strafrechtsreformen in Nordkorea bis 2004, die auch das Strafprozessrecht einschließt, findet sich bei *Kim* (Anm. 38), S. 4 f. Zur alten Rechtslage siehe *Choi* (Anm. 23), S. 195 ff.

40 Zu den Strafrechtsreformen seit dem Machtübergang an *Kim Jong Un* siehe *White Paper* 2014 (Anm. 8), S. 100 f.

41 Laut *Choi* (Anm. 23), S. 168, sind die Instruktionen der politischen Führung die höchsten Gesetze des Landes und stehen über der Verfassung. Vgl. auch *White Paper* 2014 (Anm. 8), S. 23 sowie S. 105 (mit dem Text einer Proklamation des Ministeriums für Volkssicherheit vom 28. Dezember 2009, die u. a. die Todesstrafe für das In-den-Verkehr-Bringen fremder Währung vorsieht).

Das Strafgesetzbuch gliedert sich in neun Kapitel: „Grundlegende Prinzipien des Strafrechts“ (1. Kapitel), „Allgemeine Regelungen für Straftaten und Strafe“ (2. Kapitel), „Verbrechen gegen den Staat und gegen das Volk“ (3. Kapitel), „Verbrechen der Verletzung der Militärordnung“ (4. Kapitel), „Verbrechen der Beeinträchtigung der sozialistischen Wirtschaft“ (5. Kapitel), „Verbrechen der Schädigung der sozialistischen Kultur“ (6. Kapitel), „Verbrechen der Verletzung der allgemeinen Verwaltungsordnung des Staates“ (7. Kapitel), „Verbrechen der Verletzung der Ordnung des sozialistischen Zusammenlebens“ (8. Kapitel), „Verbrechen der Schädigung von Leben und Eigentum der Bürger“ (9. Kapitel).

Eine systematische Unterteilung in einen Allgemeinen und einen Besonderen Teil findet sich nicht. Allerdings enthalten das 1. und 2. Kapitel grundlegende Regelungen für das gesamte materielle Strafrecht, sodass man sie dem Allgemeinen Teil zuordnen würde. Dagegen enthalten das 3. bis 9. Kapitel die Verbrechenstatbestände und stellen damit faktisch den Besonderen Teil des nordkoreanischen Strafrechts dar.

## 1. Die Grundlagenkapitel

### a) „Grundlegende Prinzipien“

An der Spitze des mit „Grundlegende Prinzipien“ überschriebenen 1. Kapitels des Strafgesetzbuchs (NK-StGB) stehen die Zwecke des Strafrechts. Nach Art. 1 NK-StGB dient es „der Verteidigung der Staatsmacht und des sozialistischen Systems“ und garantiert durch die Bestrafung von Straftätern ein „unabhängiges und kreatives Leben“ der Bevölkerung. Einen weiteren Zweck der Strafe stellt nach Art. 2 NK-StGB die gesellschaftliche Erziehung dar<sup>42</sup>; nach derselben Norm sollen bei der Anwendung des Strafrechts aber auch „Arbeiterklassen-Prinzipien“ beachtet werden, was dahingehend gedeutet werden kann, dass die Gerichte feststellen müssen, ob es sich bei dem Beschuldigten um einen „(Klassen-)Feind“ handelt oder nicht<sup>43</sup>. Strafe dient mithin nicht der Vergeltung, sondern zum einen der Abwehr von Angriffen auf den Staat und die Gesellschaft durch „Feinde“, zum anderen als Mittel zur Erziehung von Personen, die eine Straftat begangen

---

<sup>42</sup> Zur Bedeutung des Strafrechts als Erziehungsmittel in Nordkorea und der Sowjetunion siehe *Hahn* (Anm. 3), 77, 81. Zur Rolle der Erziehung im DDR-Strafrecht siehe *Vormbaum* (Anm. 1), S. 302ff.

<sup>43</sup> Vgl. *Kim* (Anm. 38), S. 14, mit einem Verweis auf eine entsprechende Regelung in der nordkoreanischen Strafprozessordnung. Vgl. auch den Bericht des UN-Menschenrechtsrats vom 7. Februar 2014 (Anm. 8), S. 31.

haben, aber (noch) nicht als „Feinde“ gelten<sup>44</sup>. Auch dem bereits in der Verfassung enthaltenen Ziel der Gesetzestreue der Bürger und ihrer Einbeziehung in die Verbrechensbekämpfung verleiht das Strafgesetzbuch in diesem Zusammenhang Ausdruck (Art. 3 NK-StGB).

Bis zur Reform von 2004 sah Art. 10 S. 1 NK-StGB die Zulässigkeit einer analogen Anwendung von Strafgesetzen zu Lasten des Täters vor. Die Vorschrift lautete: „Für eine Tat, die nicht vom Strafgesetzbuch erfasst wird, soll eine Strafe nach demjenigen Artikel verhängt werden, der eine Tat erfasst, die hinsichtlich der Art und Schwere am ähnlichsten ist.“ *Han* sieht Parallelen zwischen dieser Norm und ähnlich lautenden Vorschriften in sozialistischen Staaten wie Art. 16 des Strafgesetzbuchs der Russischen Föderation von 1926 sowie Art. 79 des Strafgesetzbuchs Chinas von 1977<sup>45</sup>. Ob es sich bei Art. 10 NK-StGB a. F. tatsächlich um ein typisches sozialistisches Instrument handelt, mag man allerdings bezweifeln. Jedenfalls besaß die DDR in ihrem Strafgesetzbuch keine vergleichbare Norm; dagegen sind die wörtlichen Übereinstimmungen mit dem nationalsozialistischen § 2 RStGB 1935<sup>46</sup> auffällig – auch wenn die nordkoreanische Vorschrift deutlich weiter ist als die nationalsozialistische. Seit der Reform von 2004 enthält das nordkoreanische Strafgesetzbuch nun das Analogieverbot, was wohl dem internationalen Druck geschuldet ist<sup>47</sup>. Nach Art. 6 NK-StGB n.F. gilt nun, dass der Staat eine Person nur wegen „einer Handlung, die als Straftat im Strafgesetzbuch bezeichnet ist“, strafrechtlich zur Verantwortung ziehen kann. Auch wenn die Einführung des Analogieverbots grundsätzlich eine positive Entwicklung darstellt, ist fraglich, ob sie tatsächlich, wie mitunter zu lesen ist, als „Neustart“<sup>48</sup> gewertet werden kann. *Naucke* hat bereits die große Bedeutung, die der *Abschaffung* des Analogieverbots im NS-Staat regelmäßig zugeschrieben wird, mit Blick auf die zahlreichen weiteren Schwächungen des rechtsstaatlichen Charakters des Strafrechts in jener Zeit überzeugend in Frage gestellt<sup>49</sup>. In Nordkorea führte die *Einführung* des Analogieverbots dazu, dass sich die Anzahl der Vorschriften im Strafgesetzbuch von 161 auf 303 (!) erhöhte. Eine Beschränkung des Strafrechts

---

<sup>44</sup> Dies entspricht nahezu exakt den Strafzwecken des DDR-Strafrechts, siehe *Vormbaum* (Anm. 1), S. 300 ff.

<sup>45</sup> Vgl. *Han* (Anm. 38), 122, 124 f.

<sup>46</sup> § 2 RStGB 1935: „Bestraft wird, wer eine Tat begeht, die das Gesetz für strafbar erklärt oder die nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes und nach gesundem Volksempfinden Bestrafung verdient. Findet auf die Tat kein bestimmtes Strafgesetz unmittelbar Anwendung, so wird die Tat nach dem Gesetz bestraft, dessen Grundgedanke auf sie am besten zutrifft.“

<sup>47</sup> Vgl. White Paper 2006 (Anm. 8), S. 67.

<sup>48</sup> Vgl. *Han* (Anm. 38) („Take-Off“).

<sup>49</sup> Vgl. *Naucke*, Über die Zerbrechlichkeit des rechtsstaatlichen Strafrechts, 2002, S. 301 ff.

war mit der Einführung des Analogieverbots also anscheinend nicht intendiert. Ob die Ersetzung der Erlaubnis der Analogie durch ausformulierte Tatbestände wenigstens zu mehr Rechtssicherheit geführt hat<sup>50</sup>, hängt entscheidend von der Formulierung der Tatbestände ab<sup>51</sup>. Hierauf wird im Rahmen der Analyse der nordkoreanischen Straftatbestände noch eingegangen.

Mit Blick auf den Geltungsbereich des nordkoreanischen Strafrechts erklärt Art. 8 NK-StGB das Personalitätsprinzip zum Leitprinzip. Insofern besteht eine Parallele zum nationalsozialistischen Strafgesetzbuch, das auf Grundlage dieses Prinzips eine „völkische Treuepflicht“ zum Deutschen Reich etablierte<sup>52</sup>. Bei Ausländern ist nach derselben Vorschrift eine Anwendung des Strafgesetzbuchs nur für Taten auf nordkoreanischem Territorium vorgesehen. Allerdings scheinen einige Verbrechenstatbestände hiervon Ausnahmen zu machen, etwa Art. 65 NK-StGB, wonach „eine Person, die kein Bürger der Republik ist“ und die „ein fremdes Land oder eine ausländische Gruppierung“ dazu anreizt oder finanziell dabei unterstützt, eine bewaffnete Intervention zu beginnen, diplomatische Verbindungen mit Nordkorea zu beenden oder einen völkerrechtlichen Vertrag zu annullieren, zu bestrafen ist. Theoretisch denkbar wäre es zwar auch, dass diese tatbestandlichen Handlungen von einem Ausländer von Nordkorea aus begangen werden, wahrscheinlicher ist es aber, dass die Norm ausländische Aktivisten, z. B. in Südkorea oder den USA, abschrecken soll.

## b) „Allgemeine Regelungen“

Das Kapitel über „Allgemeine Regelungen für Straftaten und Strafe“ unterteilt sich gemäß seinem Titel in einen Abschnitt über „Straftaten“ und einen über „Strafen“. Art. 10 NK-StGB, der erste Artikel des ersten Abschnitts, definiert die Straftat. Danach muss eine Handlung, um als Straftat zu gelten, „strafbar“, „gefährlich“ sowie „eine Verletzung der Staatsmacht und der Staatsgesetze“ sein; dagegen ist es unbedeutend, ob die Tat „wissentlich oder unwissentlich“ begangen wurde. Mit Blick auf das Merkmal „gefährlich“ gilt ein materielles Strafrechtsverständnis, das an die „Gesellschaftsgefährlichkeit“ der Tat als Voraussetzung

---

<sup>50</sup> So die Einschätzung von *Kim* (Anm. 38), S. 64.

<sup>51</sup> Vgl. *Marxen*, KritV 1990, 287, 289: „Strafgesetze müssen sprachlich eng und präzise gefasst sein; nur dann kann das Analogieverbot greifen. Ganz unbestimmte, ganz allgemeine, ganz verschwommene Merkmale in Strafgesetzen – wir sprechen von Generalklauseln – lassen das Analogieverbot leerlaufen“.

<sup>52</sup> Vgl. hierzu *Werle/Jeßberger*, in: Leipziger Kommentar StGB, Bd. 1, 12. Aufl. 2007, Vor § 3, Entstehungsgeschichte.

für Strafe anknüpft<sup>53</sup>. Die Schuldfähigkeit des Täters bei der Begehung der Tat ist eine weitere Voraussetzung für die Verhängung von Strafe. Eine Ausnahme gilt für den Fall, dass sich der Zustand der Schuldunfähigkeit aus einer Alkoholisierung ergibt (Art. 12 Abs. 2 NK-StGB) – da zu vermuten ist, dass auch in Nordkorea ein nicht unbeachtlicher Anteil der Straftaten unter Alkoholeinfluss begangen wird, eine gewichtige Ausnahme vom Schuldprinzip, die sich auch im Strafrecht der Russischen Föderation und der DDR findet<sup>54</sup>. Eine Tat gilt als gerechtfertigt, wenn sie der Verhinderung einer Straftat „gegen die Interessen des Staates, der Öffentlichkeit, anderer Personen oder des Täters selbst“ gilt (Art. 15 NK-StGB)<sup>55</sup>. Personen, die eine Tat zu Gunsten des Staates begehen (beispielsweise das Niederschlagen eines „Spions“)<sup>56</sup>, werden hierdurch begünstigt.

Neben dem Versuch ist auch die Vorbereitung einer Tat strafbar (Art. 19 f. NK-StGB). Ausnahmen hiervon sieht das Strafgesetzbuch nicht vor, es enthält aber immerhin die Vorgabe, die Vorbereitung milder zu bestrafen als den Versuch, und den Versuch seinerseits milder zu bestrafen als die Vollendung. Auch im Falle eines Rücktritts kann „eine angemessene Strafe“ verhängt werden, wenn ein schweres Verbrechen in Rede steht. Es ist davon auszugehen, dass Vorbereitung und Versuch in Nordkorea, wie auch in der DDR, deshalb kriminalisiert werden, weil es sich hierbei von einem ideologischen Standpunkt aus um genauso „verantwortungslose“ und „gesellschaftsgefährliche“ Handlungen handelt wie vollendete Handlungen<sup>57</sup>. Eine interessante Regelung zum Absehen von Strafe enthält Art. 18 NK-StGB, wonach bei einem Verbrechen gegen einen Familienangehörigen auf Antrag von diesem oder einem anderen Angehörigen von einer Bestrafung abgesehen werden kann. Schwere Verbrechen wie Mord oder Ver-

---

53 Insofern ergeben sich Ähnlichkeiten zum DDR-Strafrecht. Vgl. § 1 DDR-StGB: „Straftaten sind schuldhaft begangene gesellschaftswidrige oder gesellschaftsgefährliche Handlungen (Tun oder Unterlassen), die nach dem Gesetz als Vergehen oder Verbrechen strafrechtliche Verantwortlichkeit begründen.“

54 Vgl. § 15 Abs. 3 DDR-StGB: „Wer sich schuldhaft in einen die Zurechnungsfähigkeit ausschließenden Rauschzustand versetzt und in diesem Zustand eine mit Strafe bedrohte Handlung begeht, wird nach dem verletzten Gesetz bestraft.“ Hierzu *Hettinger*, Die „actio libera in causa“, 1988, S. 215 ff.; *Vormbaum* (Anm. 1), S. 286 f. Vgl. auch Art. 12 des Strafgesetzbuchs der Russischen Föderation von 1960: „Wer im Rausch ein Verbrechen begangen hat, wird der strafrechtlichen Verantwortlichkeit nicht enthoben.“

55 Auch hier ergeben sich Parallelen zum Strafrecht Russlands und der DDR, siehe *Vormbaum* (Anm. 1), S. 289.

56 Vgl. die Beispiele im DDR-Lehrbuch zum Strafrecht Allgemeiner Teil, 2. Aufl. 1978, S. 399 ff. (ein Bürger überfällt einen Spion; A. schlägt einen „Rowdy“ zu Boden).

57 Vgl. für die DDR *Bein/Seidel*, Staat und Recht, 1967, 1008.

gewaltigung sind von dieser Familien-Mediationsregelung allerdings ausgenommen.

Die Vorschriften über die Beteiligung an einer Straftat (Art. 21 ff. NK-StGB) nehmen ihren Ausgang von der Strafbarkeit der Mitglieder einer kriminellen Organisation. Danach sollen die „Zentralfigur“ und die „Randfiguren“ in einer kriminellen Vereinigung nach dem Tatbestand des in Frage stehenden Verbrechens zur Verantwortung gezogen werden, wobei die Zentralfigur härter zu bestrafen ist. Bei der Beteiligung mehrerer Personen abseits des Vorliegens einer kriminellen Organisation sind „Täter, Anstifter und Unterstützer nach dem Grad ihrer Beteiligung und der Schwere der Tat“ zu bestrafen (Art. 22 Abs. 2 NK-StGB). Das Nichtverhindern und auch bereits das Nichtvornehmen von Maßnahmen zur Verhinderung eines Verbrechens sind dort strafbar, wo das Gesetz es ausdrücklich vorsieht und wo die entsprechende Möglichkeit besteht.

Der Abschnitt über die „Strafen“ erhielt durch die Reform von 2004 ein neues Gesicht. Vor allem wurde der Strafkatalog, der zuvor als Hauptstrafen lediglich die Todesstrafe und die Arbeitserziehung<sup>58</sup> enthielt (Art. 21 NK-StGB a. F.), erweitert. Strafen sind laut Art. 27 NK-StGB die Todesstrafe (die, glaubt man Berichten von Menschenrechtsorganisationen, unter *Kim Jong Un* zunehmend öffentlich vollstreckt wird)<sup>59</sup>, die lebenslängliche Arbeitserziehung, die zeitlich begrenzte Arbeitserziehung und die „Arbeitsausbildung“. Bei letzterer Strafart handelt es sich um gemeinnützige Arbeit, die zwar nicht in einer geschlossenen Anstalt, aber an einem anderen Ort als dem Wohnsitz durchgeführt wird<sup>60</sup>. Als Zusatzstrafen enthält das Strafgesetzbuch die Aberkennung des Wahlrechts, die Einziehung von Eigentum sowie den Entzug von staatlichen Berechtigungen. Auch wenn sich Art. 27 NK-StGB wie ein *numerus clausus* liest, scheint es daneben in Nordkorea noch weitere Strafarten zu geben, über die das Strafgesetzbuch schweigt. Insbesondere werden die berüchtigten Arbeitslager für politische Gefangene, die es zwar nach der Darstellung der politischen Führung gar nicht gibt, deren Existenz aber nicht zuletzt durch die Berichte von Flüchtlingen nachgewiesen ist, nicht genannt<sup>61</sup>.

---

**58** Hier ergibt sich auch in sprachlicher Hinsicht eine Parallele zum DDR-Strafrecht, siehe § 42 DDR-StGB.

**59** Vgl. White Paper 2014 (Anm. 8), S. 26. Auch vor *Kim Jong Un* kam diese Art der Exekution zur Anwendung, allerdings damals wohl nur in seltenen Ausnahmefällen, siehe *Kim* (Anm. 38), S. 56.

**60** Vgl. *Han* (Anm. 38), 122, 125; *Kim* (Anm. 38), S. 13 f.

**61** Vgl. *Han* (Anm. 38), 122, 128. Vgl. zu den brutalen Praktiken in den vom Ministerium für Volkssicherheit geleiteten Lagern den Bericht des UN-Menschenrechtsrats vom 7. Februar 2014 (Anm. 8), S. 220 ff.

Bei der Auswahl der Strafe sind der Charakter der Tat, der Anlass zur Tatbegehung sowie das mit der Tat verbundene Ziel zu berücksichtigen. Das Strafgesetzbuch enthält zudem Regelbeispiele dafür, wann eine schärfere und wann eine mildere Strafe zu verhängen ist. Eine schärfere Strafe ist u. a. vorgesehen für die Zentralfigur hinter dem Verbrechen und den Haupttäter bei seiner Ausführung; für Täter, die wiederholt oder mit anderen gemeinsam die Tat begehen; bei besonders brutaler Begehung der Tat; bei einer Tat gegen einen Schutzbefohlenen oder bei einer Begehung der Tat in Zeiten von Krieg oder Krise (Art. 39 NK-StGB). Mit Blick auf die immer wieder aufflammenden Grenzscharmützel zwischen Nord- und Südkorea könnte der zuletzt genannte Strafschärfungsgrund zumindest theoretisch nicht selten herangezogen werden. Eine Strafmilderung ist dagegen u. a. bei einem Geständnis, einer Wiedergutmachung des Schadens durch den Täter und bei einer Verursachung der Straftat durch das Opfer vorgesehen. Eine Strafaussetzung zur Bewährung ist möglich (Art. 51 NK-StGB).

## 2. Verbrechenstatbestände

### a) „Verbrechen gegen den Staat und das Volk“

Das Kapitel „Verbrechen gegen den Staat und das Volk“ enthält den umfassenden Abschnitt „Verbrechen gegen die Staatsmacht“ sowie zwei kürzere Abschnitte über „Verbrechen gegen den nationalen Befreiungskampf“ und „Verbrechen des Verschweigens und der Nichtanzeige geplanter Straftaten gegen den Staat“. An der Spitze des 1. Abschnitts steht die Strafbarkeit der Teilnahme an einer Umsturzverschwörung (Art. 59 NK-StGB). Erfasst werden sowohl die Teilnahme an der Organisation von Umsturzakten als auch an Umsturzakten selbst. Für die Zentralfigur und die „Hauptschuldigen“ sieht die Norm die Todesstrafe vor. Auch der „gegen die Republik gerichtete Terrorismus gegen Kader und patriotische Personen“ zieht bei einer „äußerst schwerwiegenden Tat“ die Todesstrafe nach sich (Art. 60 NK-StGB). Dasselbe gilt für den „Hochverrat gegen das Vaterland“ – erfasst werden das Betrügen des Vaterlands, das Fliehen oder Überlaufen in ein anderes Land sowie der Verrat von Staatsgeheimnissen an ein solches – beim Vorliegen einer „äußerst schwerwiegenden Tat“ (Art. 62 NK-StGB). Die Todesstrafe ist allerdings bei keinem dieser Tatbestände die einzige mögliche Strafe. Daneben enthält der Abschnitt die Strafbarkeit von „Subversion und Sabotage gegen das Land“, für die eine Arbeitsstrafe von zwischen fünf und zehn Jahren, im Falle der Beschädigung von wichtigen Einrichtungen von mindestens acht Jahren vorgesehen ist. Ein zentraler Unterdrückungstatbestand ist die „Anti-Staatspropaganda“ (Art. 61 NK-StGB), die in schweren Fällen mit Arbeitserzie-

hung von fünf bis zehn Jahren bestraft wird. Welche Handlungen unter die genannte Propaganda fallen, lässt sich aus dem Wortlaut der Norm nicht ableiten<sup>62</sup>.

Scharfe und inhaltlich unbestimmte Normen enthält auch der zweite Abschnitt. Nach Art. 67 NK-StGB wird ein Nordkoreaner mit Arbeitshaus von mindestens zehn Jahren und bei schweren Fällen mit dem Tode bestraft, wenn er versucht, „den nationalen Freiheitskampf unseres Volkes, den revolutionären Kampf für Wiedervereinigung und Unabhängigkeit des Landes in Absprache mit Imperialisten und unter ihrer Kontrolle handelnd zu unterdrücken und zu verfolgen“. Das gleiche gilt in der zweiten Tatbestandsvariante wenn „durch Handlungen wie das Verkaufen koreanischer Staatsbelange an Imperialisten“, die Nation verraten wird. Auf Täter, die keine Staatsangehörigen sind, ist die erste Tatbestandsvariante ebenfalls anwendbar; diese sind mit Arbeitserziehung nicht unter fünf Jahren zu bestrafen. Auch eine Beeinträchtigung des „Kampfes von im Ausland lebenden Nordkoreanern für demokratische Staatsrechte und ihr legitimes Recht nach dem Völkerrecht“ wird erfasst.

Im dritten Abschnitt des Kapitels werden das Verstecken eines Täters von Staatsverbrechen, das Verbergen von Beweisen eines Staatsverbrechens, ohne Beteiligter zu sein, sowie die Nichtanzeige von Staatsverbrechen inkriminiert. Die weitreichende Kriminalisierung der Nichtanzeige von Straftaten und die damit einhergehende Pflicht zur Kooperation mit den Behörden ist insoweit konsequent, als sie im Einklang mit der in der Verfassung enthaltenen Pflicht der Bürger steht, wachsam zu sein und an der Verbrechensbekämpfung teilzunehmen.

In der Tendenz finden sich bei den Staatsverbrechen im Vergleich zu früheren Fassungen sowohl Verschärfungen als auch Milderungen. Insgesamt hat sich dieser Abschnitt in den letzten Jahren nur unwesentlich geändert<sup>63</sup>.

## b) Militärstraftaten

Die Militärstraftaten fanden sich bis 2004 nicht im Strafgesetzbuch. Die Aufnahme dieses Komplexes erfolgte in zeitlichem Zusammenhang mit der Aufwertung

---

<sup>62</sup> Insofern ist dem Bericht des UN-Menschenrechtsrats vom 7. Februar 2014 (Anm. 8), S. 31, im Ergebnis zuzustimmen, auch wenn dieser in der Beschreibung des gesamten Abschnitts recht unspezifisch bleibt (das Strafgesetzbuch verwendet hier „such broad and vague terms that the exercise of any number of human rights can be prosecuted as a crime“).

<sup>63</sup> Ähnlich *Kim* (Anm. 38), S. 64, der nicht davon ausgeht, dass die grundlegenden Reformen Ausdruck eines Umdenkens des Regimes sind. Positiver dagegen *Han* (Anm. 38), 122, 132.



der *Seongun*-Ideologie zur Staatsideologie. Es ist mithin davon auszugehen, dass der nordkoreanische Gesetzgeber die besondere Bedeutung, die durch die *Seongun*-Ideologie jedenfalls nach außen dem Militär zuteil wird, durch eine Aufnahme von Militärstraftaten in das Strafgesetzbuch – systematisch verortet direkt nach den Staatsverbrechen – unterstreichen wollte. Inhaltlich enthält das Kapitel typische Militärstraftaten, z. B. Befehlsverweigerung, Verlust von Waffen und Munition oder Desertion.

### c) „Beeinträchtigung der sozialistischen Wirtschaft“

Auch die systematische Stellung der Wirtschaftsdelikte direkt hinter den Staatsverbrechen und den Militärstraftaten deutet auf die besondere Bedeutung des Schutzguts hin. Schon nach *Stalin* galt, dass ein Delikt gegen das sozialistische Eigentum dem Grunde nach einem Staatsschutzdelikt gleichzusetzen sei, da sich beide gegen die Grundlagen des Staates – im ersten Falle gegen die politischen, im zweiten Fall gegen die ökonomischen – richteten<sup>64</sup>. Die Vorschriften unterteilen sich in vier Abschnitte – „Verbrechen der Beeinträchtigung sozialistischen Eigentums“, „Verbrechen der Verletzung der Ordnung sozialistischer Wirtschaftsleitung“, „Verbrechen der Verletzung der Landverwaltung“ sowie „Verbrechen der Verletzung der Ordnung sozialistischer Arbeitsverwaltung“. Das Kapitel war bereits vor der Reform von 2004 mit 40 Artikeln das umfangreichste des Strafgesetzbuchs. Seitdem besteht es sogar aus 103 Vorschriften. Dieser extreme Zuwachs an Straftatbeständen ist ein Indiz dafür, dass in diesem Bereich die Analogie besonders häufig Anwendung fand, sodass mit der Einführung des Analogieverbots zahlreiche Tatbestände geschaffen werden mussten, die das zuvor im Wege der Analogie erfasste Verhalten ausdrücklich kriminalisieren.

Der Abschnitt über die Beeinträchtigung sozialistischen Eigentums enthält eine Reihe von Eigentumsdelikten zu Lasten von Staatseigentum. An der Spitze der Tatbestände steht der Diebstahl von Staatseigentum (Art. 89 NK-StGB). Die Regelung weckt Erinnerungen an das stalinistische „Volkseigentumsschutzgesetz“ der frühen DDR, der u. a. ein „Beiseiteschaffen“ von Staatseigentum mit

---

<sup>64</sup> Ein von *Hilde Benjamin* in NJ 1953, 61, 62, verwendetes *Stalin*-Zitat lautet: „Wenn man einen Spion oder Verräter fängt, dann ist die Empörung der Gesellschaft grenzenlos und sie verlangt seine Erschießung. Aber wenn ein Dieb unter den Augen aller handelt, das Volksgut stiehlt, dann beschränkt sich das ihn umgebende Publikum auf ein gutmütiges Lächeln und Schulterklopfen. Aber dabei ist es doch klar, dass der Dieb, der gesellschaftliches Gut stiehlt und die Interessen der Volkswirtschaft untergräbt, genau solch ein, wenn gar nicht noch ein schlimmerer Verräter und Spion ist.“

mindestens einem Jahr Gefängnis bedrohte<sup>65</sup>. Allerdings sieht die nordkoreanische Regelung, anders als das DDR-Gesetz, keine Mindeststrafe, sondern „nur“ eine Strafe von bis zu zwei Jahren Arbeitserziehung vor. Nach Abs. 2 und 3 der Vorschrift wird aber jemand, der sich „viel“ oder „sehr wichtiges“ Staatseigentum „aneignet“, mit Arbeitserziehung von zwei bis neun, in besonders schweren Fällen nicht unter neun Jahren bestraft. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang ebenfalls, dass das Strafgesetzbuch im Jahr 2007 um ein Zusatzgesetz ergänzt wurde, das in 16 recht vage formulierten Artikeln und teilweise in Abweichung vom Strafgesetzbuch die Todesstrafe für zulässig erklärt, z. B. gemäß Art. 3 bei „schwerwiegendem Diebstahl von Staatseigentum“<sup>66</sup>.

Der zweite Abschnitt des Kapitels, der die Verletzung der Ordnung der sozialistischen Wirtschaftsleitung regelt, enthielt bereits vor der Reform von 2004 eine Vielzahl von Vorschriften zum Schutz des Ablaufs der Planwirtschaft, die sich durch die Reform noch einmal deutlich erhöht hat. Zu den Tatbeständen gehören Devisendelikte, unzulässige Transaktionen, Schmuggel, Tausch, Stromdiebstahl, Schwarzbrennerei, Verletzung von Preisbestimmung und die fahrlässige Schlechtproduktion. Die Masse an Vorschriften kann nicht zuletzt als Reflex der schwachen Wirtschaft, die zu Versorgungsengpässen und sogar zu Hungersnöten in Nordkorea geführt hat, gedeutet werden.

Der folgende Abschnitt knüpft an die Regelungen des vorherigen an, bezieht sich aber vor allem auf den landwirtschaftlichen Bereich und kriminalisiert u. a. Verstöße gegen Vorgaben zum Kultivieren von Land (Art. 173 NK-StGB), Verletzungen von Regeln der Forstwirtschaft (Art. 177 NK-StGB) sowie das unzulässige Fischen bzw. Sammeln von Pflanzen (Art. 181 NK-StGB). Schließlich finden sich in systematisch nicht unstimmiger Weise Tatbestände zum Schutz der Umwelt. Auch hier ergeben sich gewisse Ähnlichkeiten zum Strafrecht der DDR, das in den siebziger Jahren – und somit noch vor der Bundesrepublik – Umweltverschmutzungen umfassend kriminalisierte. Ein Unterschied besteht allerdings darin, dass in der DDR das Umweltstrafrecht letztlich ins Leere lief, war doch der Staat selbst der größte Umweltverschmutzer des Landes, der aber jegliche Kritik in dieser Hinsicht als politische Subversion wertete und scharf unterdrückte, wohingegen die politische Führung Nordkoreas anscheinend tatsächlich gewissen Wert auf eine saubere Umwelt legt – laut *Frank* auch, um chinesische Touristen anzulocken, die der schlechten Luft in den Städten des Nachbarlandes zeitweilig entfliehen möchten<sup>67</sup>.

<sup>65</sup> „Gesetz zum Schutze des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums“ (Volkeigentumsschutzgesetz) vom 2. Oktober 1952, GBl. DDR 1952, S. 982.

<sup>66</sup> Die 16 Vorschriften sind im Einzelnen abgedruckt im White Paper 2014 (Anm. 8), S. 103 f.

<sup>67</sup> Vgl. *Frank* (Anm. 12), S. 117 f.

Der recht kurze Abschnitt über Verletzungen der Ordnung sozialistischer Arbeitsverwaltung kriminalisiert vor allem Verletzungen von Arbeitsschutzvorschriften. Die Strafdrohungen sind hier eher niedrig; eine erhöhte Mindeststrafe findet sich lediglich bei einer Tötung von mehreren Personen durch einen Fahrer aufgrund von Unachtsamkeit.

#### d) „Verbrechen der Schädigung der sozialistischen Kultur“

Das 6. Kapitel, das durch die Reform von 2004 ebenfalls eine beachtliche Erweiterung erfahren hat, dient seiner Überschrift nach dem Schutz der sozialistischen Kultur. Entsprechend dieser Überschrift werden die Zerstörung, Beschädigung und der Diebstahl von historischen Relikten und sonstigen Kulturgütern des Landes kriminalisiert (Art. 196 f. NK-StGB). Darüber hinaus wird aber auch das „unerlaubte Einführen, Herstellen oder Besitzen“ (Art. 193 NK-StGB) sowie das „Ansehen oder Anhören“ (Art. 194 NK-StGB) von „erotischen und obszönen Inhalten, die in Musik, Tanz, Malerei, Photographien, Büchern oder elektronischen Medien enthalten sind“, kriminalisiert. Außerdem werden das Hören von feindlichen Radiosendern<sup>68</sup> sowie das Ansichnehmen, Besitzen und Weitergeben von Propagandamaterial, das von Südkorea aus mithilfe von Gasluftballons in den Norden des Landes transportiert wurde<sup>69</sup>, unter Strafe gestellt (Art. 195 NK-StGB). Damit reagiert das Regime auf die Anziehungskraft der südkoreanischen Popkultur auf die nordkoreanische Bevölkerung – eine nicht zu unterschätzende Gefahr für das Regime, werden doch nicht wenige nordkoreanische Flüchtlinge durch südkoreanische Seifenopern (einem Exportschlager in Asien) und dem darin dargestellten hohen Lebensstandard zur Flucht inspiriert<sup>70</sup>.

Weitere Tatbestände des Kapitels erfassen Copyrightverletzungen (Art. 200 NK-StGB), andere dienen dem Schutz der (Volks-)Gesundheit. Mit Blick auf letztere finden sich spezielle Vorschriften gegen Krankenschwestern und Ärzte, die aus Fahrlässigkeit eine Gesundheitsschädigung oder den Tod von Patienten ver-

<sup>68</sup> Han (Anm. 38), 122, 131, weist darauf hin, dass nach dem Wortlaut der Norm zwar nur ein „regelmäßiges“ Hören strafbar sei, in der Praxis aber laut Berichten bereits das einmalige Hören bestraft werde. Parallelen zur nationalsozialistischen „Rundfunkverordnung“ (Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939) sind auffällig, siehe zu dieser Verordnung Werle (Anm. 2), S. 214 ff.

<sup>69</sup> Hierbei handelt es sich um eine beliebte Aktion von südkoreanischen Aktivisten – die Ballons tragen in der Regel Filme auf DVDs, Musik-CDs, Fotos von Schauspielern und Sängern etc. in den Norden, mit dem Ziel, die Bevölkerung von der Regierung zu entfremden.

<sup>70</sup> Vgl. den Beitrag in der „New York Times“ vom 24. Januar 2015 (Titel: „North Korea’s Forbidden Love? Smuggled, Illegal Soap Operas“).

ursacht haben, zudem kriminalisieren mehrere Vorschriften den Schmuggel mit menschlichen Organen und mit Drogen. Die Vorschriften über den Anbau von und Handel mit Drogen sind im Vergleich zum Strafgesetzbuch in der Fassung von 1999 deutlich schärfer. Allerdings war auch danach selbst in besonders schweren Fällen die Todesstrafe nicht vorgesehen. Dies hat sich seit der Reform von 2012 geändert, und es wird sogar berichtet, dass der Großteil der öffentlich durchgeführten Exekutionen (also die Strafe mit der größten Abschreckungswirkung) Fälle von Drogenhandel betrifft<sup>71</sup>.

#### **e) „Verbrechen der Verletzung der allgemeinen Verwaltungsordnung des Staates“**

Das Kapitel über die Verletzung der allgemeinen Verwaltungsordnung unterteilt sich in einen umfassenden Abschnitt über die „Verletzung der allgemeinen Verwaltung“ sowie in einen kürzeren Abschnitt über Straftaten durch „Führungspersonal“. Im Rahmen des ersten Abschnitts findet sich eine Kategorie von Straftaten, die sich gegen die öffentliche Ordnung richten, allerdings noch nicht den Charakter von Staatsverbrechen besitzen. Auch die DDR besaß in ihrem Strafgesetzbuch ein solches „kleines Staatsschutzstrafrecht“ oder „Strafrecht gegen politische Renitenz“<sup>72</sup>. Während das DDR-Strafgesetzbuch (mehr oder weniger erfolgreich) versuchte, das strafbare Verhalten in verschiedenen Tatbeständen zu typisieren, etwa in „Rowdytum“ und „Zusammenrottung“<sup>73</sup>, enthält das nordkoreanische Strafgesetzbuch in Art. 219 NK-StGB eine generalklauselartige Vorschrift. Danach soll eine „Person, die ohne staatsfeindliche Absicht Unruhen sowie kollektives Nichtbefolgen von Instruktionen eines staatlichen Organs oder eine ernsthafte Störung der öffentlichen Ordnung verursacht“, mit Arbeitserziehung bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Wie in der DDR wird auch in Nordkorea die „Republikflucht“ im Rahmen der Delikte gegen politische Renitenz kriminalisiert. Im Gegensatz zu § 213 DDR-StGB, der die Republikflucht umständlich und mit dem Versuch, den scharfen Charakter des Tatbestands zu verschleiern, regelte<sup>74</sup>, ist der nordkoreanischen Republikfluchttatbestand Art. 221 NK-StGB knapp gehalten: „Das unzulässige Überqueren der Grenzen der Republik in beide Richtungen wird mit Arbeitserziehung bis zu

---

<sup>71</sup> Vgl. White Paper 2014 (Anm. 8), S. 15.

<sup>72</sup> Vgl. Brunner, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung“, Bd. IV, 1995, S. 293, 326; F.-C. Schroeder (Anm. 5), S. 96.

<sup>73</sup> Vgl. hierzu Vormbaum (Anm. 1), S. 418 ff.

<sup>74</sup> Vgl. Vormbaum (Anm. 1), S. 420 ff.

einem Jahr bestraft“. Ein Grenzbeamter, der einem Flüchtling beim Verlassen des Landes hilft, wurde bis zur Reform von 2004 nach Art. 118 NK-StGB a. F. deutlich härter, nämlich mit zwei bis sieben Jahren Arbeitserziehung, bestraft. In der Fassung von 2009 (Art. 234 NK-StGB) wurde die Strafe an die des „Republikflüchtling“ angepasst und nur für den Fall, dass der Grenzwächter die Hilfe gegen Bezahlung vornimmt, eine Strafe von zwei bis fünf Jahren Arbeitserziehung angedroht. Nach der seit 2012 gültigen Fassung des Strafgesetzbuchs ist nur noch das „illegale Unterstützen einer feindlich zur Republik eingestellten Person“ mit Strafe bedroht, und auch dies vergleichsweise milde (ein Jahr Arbeitsausbildung bzw. zwei Jahre Arbeitserziehung in schwereren Fällen). Freilich findet sich neben dem Strafgesetzbuch noch eine Fülle von anderen Gesetzen (Grenzgesetze, Sicherheitsgesetze etc.), mit denen der Grenzübertritt sanktioniert wird<sup>75</sup>.

Im Übrigen enthält der Abschnitt Delikte unterschiedlichen Charakters und unterschiedlicher Schwere, etwa Beamtenbeleidigung, Zeugenbeeinflussung, Diebstahl von Waffen, Wehrdienstverweigerung oder Geheimnisverrat. Bezeichnend für das Errichten einer menschenrechtsfreundlichen Fassade ist die Strafbarkeit der Folter durch Beamte (Art. 253 NK-StGB) – ein Phänomen, das laut Berichten von ehemaligen Insassen fester Bestandteil des Unterdrückungsregimes in den politischen Straflagern ist<sup>76</sup>.

Der zweite Abschnitt enthält Vorschriften, die sich in ihrer Mehrheit gegen Straftaten durch „Leitungspersonal“ richten. Zum Teil sind die Vorschriften auf bestimmte Verhaltensweisen gerichtet, etwa Art. 257 NK-StGB, der das Annehmen von Schmiergeld erfasst. Zum Teil sind sie aber sehr allgemein gehalten – vor allem Art. 246 NK-StGB, wonach ein „leitender Arbeiter, der schwerwiegende Folgen verursacht oder diese begünstigt, indem er seine Zuständigkeit überschreitet, [...] mit Arbeitserziehung von bis zu zwei Jahren bestraft“ wird.

---

<sup>75</sup> Vgl. hierzu White Paper 2014 (Anm. 8), S. 565 f.

<sup>76</sup> Vgl. den Bericht des UN-Menschenrechtsrats vom 7. Februar 2014 (Anm. 8), S. 213 ff. Auch die DDR besaß ab 1988 mit § 91 a DDR-StGB einen Foltertatbestand, was freilich nichts daran änderte, dass in den Gefängnissen der DDR Übergriffe auf die Gefangenen an der Tagesordnung waren, siehe *Pfarr*, Die strafrechtliche Aufarbeitung der Misshandlung von Gefangenen in den Haftanstalten der DDR, 2013, S. 172 ff.; *Raschka*, Zwischen Überwachung und Repression, 2001, S. 119 ff.; *Sauer/Plumeyer*, Der Salzgitter-Report, 1991, S. 195 ff. Eingehend *Brey*, Doppelstaat DDR, 1999, S. 128 ff.

## f) „Verbrechen der Verletzung der Ordnung des sozialistischen Zusammenlebens“

Das achte Kapitel enthält Tatbestände, die in Deutschland unter dem Sammelbegriff „asoziales Verhalten“ lange Zeit ebenfalls strafbar waren. Bereits in der Kaiserzeit und in der Weimarer Republik finden sich strafrechtliche Regelungen gegen Landstreicherei, Bettelei, Prostitution etc. (§ 361 RStGB), an die unter der NS-Diktatur angeknüpft wurde, nicht zuletzt in dem Entwurf eines „Gesetzes über die Behandlung der Gemeinschaftsfremden“<sup>77</sup>. Die DDR besaß mit § 249 DDR-StGB eine Norm gegen „Arbeitsbummelei“, Prostitution und sonstiges „asoziales Verhalten“, die bis zum Mauerfall Geltung behielt<sup>78</sup>. Auch in der Bundesrepublik wurde erst mit der Abschaffung des Arbeitshauses Ende der sechziger Jahre ein kriminalpolitisches Umdenken in Bezug auf „Asoziale“ erkennbar<sup>79</sup>. Das nordkoreanische Strafrecht enthält mit Art. 258 NK-StGB eine generalklauselartige Norm, wonach die Verletzung der kommunistischen Moral eine Straftat darstellt, die im Höchstmaß mit zwei Jahren Arbeitserziehung bestraft werden kann; bei einer wiederholten Begehung oder Begehung mit mehreren Beteiligten beträgt die Strafe bis zu fünf Jahren. Diese Norm zeigt eindrucksvoll, dass die Einführung des Analogieverbots keinen Vorteil mit sich bringt, wenn sie nicht mit hinreichend bestimmten Strafvorschriften einhergeht. In weiteren Vorschriften werden Handlungen wie das Glücksspiel oder das Ausüben von Prostitution, die auch in der DDR als typische „asoziale“ Handlungen galten, erfasst (Art. 261, 266 NK-StGB). Kurios mutet die Strafbarkeit des Nichtabliefern von gefundenem Geld oder sonstigem Eigentum an, das mit Arbeitserziehung von bis zu zwei Jahren bestraft wird (Art. 273 NK-StGB). Da dieser Tatbestand systematisch nicht im Rahmen der Eigentumsdelikte geregelt wird, stellt anscheinend der Verstoß gegen die „sozialistische Moral“, den das Nichtabliefern darstellt, den Strafgrund dar.

Die übrigen Tatbestände des Kapitels, das in keine weiteren Abschnitte unterteilt ist, zeigen keine systematische Nähe zu den Tatbeständen gegen „asoziales“ Verhalten; auch zum Schutz des sozialistischen Zusammenlebens, auf das in der Überschrift Bezug genommen wird, findet sich in der Regel (etwa bei der Strafbarkeit der Hehlerei oder der Grabschändung, s. Art. 275f. NK-StGB) kein spezieller Bezug.

<sup>77</sup> Vgl. Werle, Justiz-Strafrecht (Anm. 2), S. 636 ff.; siehe auch Muñoz Conde, Edmund Mezger – Beiträge zu einem Juristenleben, 2007, S. 15 ff.

<sup>78</sup> Hierzu Vormbaum (Anm. 1), S. 438 ff. Eingehend Korzilius, „Asoziale“ und „Parasiten“ im Recht der SBZ/DDR, 2005.

<sup>79</sup> Vgl. Grünwald, ZStW 1970, 250, 278.

### g) „Verbrechen der Schädigung von Leben und Eigentum der Bürger“

Das letzte Kapitel enthält Straftaten gegen individuelle Rechtsgüter wie Leben, Gesundheit und Eigentum. Die systematische Stellung des mit 25 Artikeln zudem auffallend kurzen Kapitels impliziert, dass individuelle Rechtsgüter in der nordkoreanischen Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung sind. Diese fraglos gewollte Symbolik ist zwar zynisch, aber mit Blick auf Art. 3 der Verfassung, wonach es bei der *Chuche*-Ideologie um die „Souveränität der Volksmassen“ geht, durchaus folgerichtig.

Das Kapitel enthält zwei Abschnitte. Der erste regelt „Verbrechen der Schädigung von Leben, Gesundheit und Charakter der Bürger“. An der Spitze des Abschnitts steht der Mordtatbestand: Art. 278 NK-StGB. Danach ist mit einer Mindeststrafe von zehn Jahren Arbeitserziehung, in besonders schweren Fällen mit der Todesstrafe zu bestrafen, wer „einen anderen aus Habgier, Eifersucht oder schändlichen Motiven“ tötet. Wer aus anderen Gründen eine Person tötet, wird nach Art. 279 NK-StGB mit drei bis zu zehn Jahren Arbeitserziehung bestraft. Eine geringere Strafdrohung ist zudem bei einer Provokation durch Beleidigungen oder Gewalt von Seiten des Opfers (Art. 280 NK-StGB) oder beim Überschreiten der Grenzen zulässiger Notwehr (Art. 281 NK-StGB) vorgesehen. Die mildeste Strafe ist für die fahrlässige Tötung vorgesehen (Arbeitserziehung bis zu drei Jahren).

Die Regelung der Körperverletzung übernimmt die Systematik der Tötungsdelikte. Die übrigen Tatbestände des Abschnitts regeln in recht knapper Weise Kindesentführung, Freiheitsberaubung, Beleidigung sowie Sexualdelikte.

Der zweite Abschnitt enthält die „Verbrechen der Beeinträchtigung persönlichen Eigentums“. Wie in anderen sozialistischen Diktaturen ist den Bürgern auch in Nordkorea persönliches Eigentum in gewissem Umfang, etwa am Arbeitslohn oder an Nahrungsmitteln, erlaubt<sup>80</sup>. Auch hier besitzt die systematische Stellung der Vorschriften eine klare Symbolik: Inhaltlich unterscheiden sich die Vorschriften, abgesehen von der Eigentumseigenschaft des Schutzobjekts, zwar kaum von denen gegen sozialistisches Eigentum; auch die Strafdrohungen sind hier nicht niedriger, was mit Blick auf den Verstoß gegen die sozialistische Moral, den etwa auch ein Diebstahl persönlichen Eigentums aufweist, nicht verwundert. Während die Beeinträchtigung des sozialistischen Eigentums direkt nach den Staatsverbrechen und Militärverbrechen geregelt ist, finden sich aber die Tatbestände zum Schutz des persönlichen Eigentums als allerletzte des Strafgesetzbuchs<sup>81</sup>.

<sup>80</sup> Zu den verschiedenen Eigentumsarten in der DDR siehe *Vormbaum* (Anm. 1), S. 74 ff.

<sup>81</sup> Auch in der DDR wurde die geringere Bedeutung des privaten Eigentums in systematischer Hinsicht zum Ausdruck gebracht, indem diese Eigentumsdelikte in einem separaten Kapitel nach dem über die Delikte gegen gesellschaftliches Eigentum geregelt wurden.

## IV. Fazit

Die vorangegangene Analyse gibt lediglich einen ersten Einblick in das nordkoreanische Strafrecht und behandelt auch nur einen Ausschnitt daraus. Um ein ganzheitliches Bild zu erlangen, müssten weitere Bereiche – etwa verwaltungsrechtliches Strafrecht, Strafprozessrecht, Gerichtsverfassungsrecht, Strafvollzugsrecht – in die Analyse einbezogen werden. Neben dem förmlichen Strafrecht besitzen zudem extra-justizielle Organe wie das Ministerium für Volkssicherheit, ähnlich wie das Ministerium für Staatssicherheit in der DDR, bei der Verbrechensverfolgung und -prävention eine wohl mindestens genauso wichtige Rolle wie die Justiz. Schließlich müsste eine umfassendere Untersuchung auch den faktischen Einfluss der politischen Führung auf das Strafrecht berücksichtigen.

Der Beitrag hat aber gezeigt, dass das nordkoreanische Strafgesetzbuch zahlreiche Merkmale aufweist, die auch aus den deutschen Diktaturen bekannt sind. Dies gilt sowohl für die Rolle, die dem Strafrecht in dem Machtsystem allgemein zukommt (Strafrecht als Instrument zur Verteidigung der von der staatlichen Ideologie geleiteten Gesellschaft und zur Erziehung der Bürger zu einer bestimmten Lebensweise), als auch für die Ausgestaltung des Strafrechts in seinen einzelnen Vorschriften (weit formulierte politische Straftatbestände im Sinne eines „Feindstrafrechts“<sup>82</sup>, verschärfte Verfolgung von Delikten gegen das Volkseigentum, Kriminalisierung von nach ideologischen Vorstellungen unmoralischen Handlungen, weitreichende strafbewehrte Pflichten zur Anzeige von Verbrechen, Tatbestände gegen „asoziales“ Verhalten usw.). Auch wissenschaftliche Fragen stellen sich beim nordkoreanischen Strafrecht in ganz ähnlicher Weise wie bei den deutschen Diktaturen, z. B. ob man innerhalb des nordkoreanischen Strafrechts zwischen einem „normalen“ und einem politischen Bereich differenzieren kann<sup>83</sup> oder ob das nordkoreanische Strafrecht als ein in seiner Gesamtheit von der Staatsideologie durchgesetztes und von der politischen Führung nach Belieben einsetzbares Instrument betrachtet werden muss<sup>84</sup>. Es scheint mithin, dass es Charakteristika gibt, die dem Strafrecht in der Diktatur typischerweise zukom-

---

<sup>82</sup> Jakobs in normativer Hinsicht umstrittenes Konzept des „Feindstrafrechts“ kann man sich bei der Analyse des Strafrechts eines diktatorischen Regimes in analytisch-deskriptiver Weise zunutze machen, siehe auch Marxen, Festschrift Juristische Fakultät HU, 2010, S. 1201, 1203.

<sup>83</sup> Laut Kim (Anm. 38), S. 11, können „Verbrechen in Nordkorea [...] eindeutig in zwei grundlegende Kategorien unterschieden werden: normale Verbrechen und politische Verbrechen“.

<sup>84</sup> In diese Richtung Choi (Anm. 23), S. 201, der darlegt, dass aufgrund der alles durchdringenden Ideologien „selbst nicht-politische Verbrechen als politische abgeurteilt werden können“. – Zu dieser Frage mit Blick auf das NS-Strafrecht siehe Naucke (Anm. 49), S. 301ff.; eingehend Werle (Anm. 2), S. 5 ff.; für das DDR-Strafrecht Vormbaum (Anm. 1), S. 658 ff.



men. Ob dies tatsächlich so ist und welche weiteren Eigenschaften einem solchen „Strafrecht der Diktatur“ zukommen, sind Fragen, welche die zeitgeschichtlich und international ausgerichtete Strafrechtswissenschaft unter Hinzuziehung weiterer historischer und zeitgenössischer Beispiele noch untersuchen muss.

**Danksagung:** Ich danke Herrn *Suk Ho Kang* für die Übermittlung nordkoreanischer Gesetzestexte in deutscher und englischer Sprache sowie meiner Frau *Hyun Ju Song* für die Hilfe bei der Recherche und Übersetzung weiterer nordkoreanischer Gesetze.